

Globalisierung und Familie

Auswirkungen von Globalisierung auf die Familien und Schlussfolgerungen für die Familienpolitik

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen (AGF) in Bayern hat sich 2005 schwerpunktmäßig mit dem Thema „Wirtschaftliche Globalisierung und Familie“ befasst und dies in den Bayerischen Landesbeirat für Familienfragen eingebracht. Am 24.10.2005 fand im Rahmen des Landesbeirats zu dieser Thematik auch ein Expertengespräch mit Prof. Blossfeld (Universität Bamberg) und Prof. Schneider (Universität Mainz) über ausgewählte Aspekte statt.

Der Landesbeirat kommt zu folgendem vorläufigen Ergebnis:

Die Globalisierung schafft Unsicherheit

Ein zentraler Aspekt der derzeitigen wirtschaftlichen Globalisierung ist eine zunehmende Unberechenbarkeit und Unsicherheit. Die Konsequenzen daraus tangieren Familien besonders. So hat sich etwa der zeitliche Horizont, innerhalb dessen persönliche Entscheidungen aus rationalen Gründen getroffen werden können, wesentlich verkürzt. Verantwortungsvolle langfristige Entscheidungen zu fällen, ist problematisch geworden. Familie ist jedoch ein langfristiges Projekt, das auf verbindlichen Beziehungen mit hoher Kontinuität basiert.

Dazu kommt eine Unsicherheit in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Die Gründung einer Familie ist aber an eine entsprechende Grundsicherheit gebunden. Somit vermindern die Folgen der Globalisierung die Bereitschaft, langfristige Bindungen einzugehen, zu heiraten und Familie zu gründen.

Aus einem allgemeineren Blickwinkel lässt sich feststellen, dass damit die Basis für Vertrauen und

soziale Gegenseitigkeit (Partnerschaft, Familie und Sozialstaat) untergraben wird.

Mit der Globalisierung nimmt die soziale Ungleichheit zu

Ein Ergebnis der über 14 Länder angelegten Untersuchung „Lebensläufe im Globalisierungsprozess - Veränderungen im Bildungs-, Beschäftigungs- und Familiensystem moderner Gesellschaften – Globalife“, an der Prof. Blossfeld, Leiter des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) beteiligt war, lautete: Globalisierung schafft nicht nur Unsicherheit sondern auch die Tendenz zu mehr sozialer Ungleichheit.

An Bedeutung gewinnen Persönlichkeitsmerkmale, die verwertbar und marktgerecht sind. Gemeinschaftsbezogene Werte wie Solidarität, Verlässlichkeit, Verantwortlichkeit, Rücksicht auf andere – Werte, die für Familien von besonderer Bedeutung sind – treten in den Hintergrund.

Verlierer der Globalisierung sind Familien und Jugendliche

Die wirtschaftlich mächtigeren Akteure (Unternehmer/innen) verlagern die mit den Globalisierungstendenzen verbundene Unsicherheit und Ungewissheit auf die wirtschaftlich Schwächeren. Damit wird die Unsicherheit kanalisiert und trifft auf bestimmte soziale Gruppen in besonderem Maße. Zu den Gruppen mit einer hoch unsicheren Arbeitsposition gehören Berufsanfänger/innen, Wiedereinsteiger/innen nach der Familienpause und unqualifizierte Arbeitnehmer/innen bzw. Arbeitssuchende. In einer dramatisch unsicheren Situation befinden sich die Jugendlichen und damit auch deren Familien, die mit zusätzlicher wirtschaftlicher und psychosozialer Unterstützung gefordert sind.

Die Globalisierung schwächt den Sozialstaat und damit den Schutz der Familien

Die derzeitige wirtschaftliche Globalisierung zielt auf verstärkte Deregulierung und Privatisierung und

fordert ein Zurückdrängen des Staates, insbesondere in seiner Form als Wohlfahrts- und Sozialstaat. Er verliert zunehmend Verantwortungsbereiche und Einflussmöglichkeiten. Durch die Reduzierung staatlicher Verantwortung ist der verfassungsgemäße besondere Schutzauftrag des Staates für die Familie (Artikel 6 des GG) nicht mehr ausreichend gewährleistet.

Langfristige Nebeneffekte werden zu wenig beachtet

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird zunehmend mehr Mobilität und Flexibilität zur Anpassung an die Bedürfnisse der Wirtschaft abverlangt. Familiensoziologische Untersuchungen zeigen jedoch, dass ein hohes Maß an Mobilität negativen Einfluss auf Familien und die Realisierung des Kinderwunsches hat. Die Belastungen der Familien, der Partner und der Kinder steigen insgesamt.

Mobilität reduziert die von Erwerbsarbeit freigestellte Zeit, Flexibilität die gemeinsame Familienzeit. Beides führt zu einem Rückgang der elterlichen Zeit für die Familie und des bürgerlichen Engagements und behindert die Familie bei der Wahrnehmung ihrer unverzichtbaren Aufgaben.

Die negativen Auswirkungen der Globalisierung werden durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen unterschiedlich abgefedert

Die negativen Folgen der derzeitigen wirtschaftlichen Globalisierung treffen die Menschen in den einzelnen Staaten unterschiedlich. Einige Staaten können die Folgen offensichtlich besser abfedern als andere. Zum Beispiel Dänemark: Es steht für das Modell „FlexiCurity“, das einerseits Anforderungen an Flexibilität stellt, andererseits seinen Bürgern ein hohes Maß an Sicherheit gewährt.

Schlussfolgerungen

Wirtschaftlicher Liberalisierung widerstehen

Um den negativen Effekten der wirtschaftlichen Globalisierung auf die Familien und damit auf die Ressourcen zur Förderung des gesellschaftlichen Humanvermögens entgegenzuwirken, bedarf es einer verstärkten Berücksichtigung der Familien im Bereich der Rechts- und Wirtschaftspolitik.

Familienpolitik als Querschnittspolitik muss überall dort, wo der Staat zurückgedrängt wird, auf dessen Schutzauftrag und Verantwortung pochen und den Zumutungen der wirtschaftlichen Liberalisierung (nicht selten verschleiert in Form von vorteilhaften Verheißungen) widerstehen.

Familiale Werte statt Entsolidarisierung und Eigennutz unterstützen

Die Familien brauchen mehr Anerkennung ihrer Leistung und mehr politisches Gewicht. Das Wertefundament von Familien – Solidarität, Verantwortung, Würde – das in seinen Zügen christlich-humanistisch geprägt ist, darf durch das Vordringen eines auf Entsolidarisierung und Eigennutz ausgerichteten Menschenbildes nicht geschwächt werden. Im Gegenteil: Eine zukunftsfähige Politik muss gerade familiäre Werte unterstreichen, gesellschaftliche Akteure an ihre verfassungsgemäße Verantwortung für das Gemeinwesen erinnern und mit entsprechenden Anreizen steuern.

Für eine vernünftige Globalisierung eintreten

Globalisierung hat geschichtliche, technische und politische Voraussetzungen. Sie wird durch die Interessen ihrer Akteure gestaltet und ist kein naturgegebenes Schicksal. In ihrer jetzigen Form bleiben zu viele Globalisierungsverlierer – insbesondere Jugendliche und Familien – auf der Strecke. Die Politik muss sich einsetzen *für eine andere, eine vernünftige Globalisierung*.

Empfehlungen an die Familienpolitik

Folgen der Globalisierung für die Familien erkennen

Die deutlichen Trends zu Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung und damit zur Veränderung unserer wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen auch im Kontext der Familienpolitik als folgenreicher Problemzusammenhang wahrgenommen werden.

Familienverträglichkeitsprüfung politischer Entscheidungen installieren

In der Familienpolitik muss es in erster Linie – unabhängig von Nützlichkeitsabwägungen - um die Schaffung von kinder-, eltern- und familienfreundlichen Rahmenbedingungen gehen, um Bedingungen, die dem Aufwachen von Kindern dienen und Eltern bei ihren Aufgaben unterstützen.

Der bayerische Landesbeirat empfiehlt bei Entscheidungen in den verschiedenen Politikfeldern die Auswirkungen auf Familien mitzubedenken. und sie einer „Familienverträglichkeitsprüfung“ zu unterziehen.

In Familie und Bildung investieren

Der Landesbeirat empfiehlt vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Globalisierung wesentlich stärkere Anstrengungen und Investitionen im Bereich der Bildung, insbesondere der Förderung innovativer, kreativer und sozialer Kompetenz. Bildungsinvestitionen müssen bei Angeboten an die Eltern

beginnen, denn Bildung beginnt in der Familie. Hier wird das (kognitive, motivationale und psycho-soziale) Fundament gelegt und bis in die berufliche Ausbildung begleitet und unterstützt – nicht zu letzt finanziell.

Familienergänzende Tageseinrichtungen für Kinder müssen quantitativ und qualitativ ausgebaut werden, soweit es dem Bedarf der Familien entspricht. Integrierte Eltern-Kind-Zentren (mit Erziehungs-, Bildungs-, Betreuungs- und Beratungsfunktion), stellen dabei eine wertvolle Hilfe dar, um den Eltern niederschwellig und bedarfsgerecht bessere Unterstützungsangebote und deren Kindern mehr Chancengerechtigkeit zu geben. Über weitaus mehr Maßnahmen der Familienbildung ist die Erziehungskompetenz der Eltern zu unterstützen.

Die individuelle Förderung der Entwicklung und Bildung unserer Kinder muss in allen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen einen herausragenden Stellenwert bekommen. Das erfordert eine Neuorientierung in unserem Bildungssystem.

Der Landesbeirat empfiehlt generell, Bildungspolitik stärker unter familienpolitischer und sozialpolitischer Perspektive zu entwickeln. Diese Empfehlung erfolgt nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Prävention von Armut und sozialer Ausgrenzung und dem Abbau sozialer Ungleichheit.

Familien wirtschaftlich stärken

Die Globalisierung macht die Rahmenbedingungen des menschlichen Lebens immer unkalkulierbarer. Es ist verständlich, dass unter diesen riskanten Umständen immer weniger junge Menschen bereit sind, die langfristigen Verbindlichkeiten der Elternschaft auf sich zu nehmen. Das verschärft den demographischen Wandel, der zahlreiche Gefahren für das Gemeinwesen in sich birgt. Deshalb muss

die Gesellschaft den Familien stärker als bisher den in Art. 6 GG verbrieften Schutz einräumen, die Eltern vor unkalkulierbaren Risiken schützen und sie vom Zwang befreien, allein aus wirtschaftlichen Zwängen die Erfordernisse der Familie all zu häufig den Erfordernissen der materiellen Existenzsicherung unterzuordnen. Ein geeigneter Ansatz sind die Entlohnung der Erziehungsarbeit in den Familien und ein existenzsicherndes Kindergeld. Im Wettbewerb um niedrigere Sozialstandards sind die Familien über die Hartz IV-Gesetzgebung besonderen finanziellen Belastungen ausgesetzt worden. Eine Vielzahl weiterer Beeinträchtigungen haben inzwischen ihre kumulative Wirkung in untragbarer Weise entfaltet.

Der Landesbeirat empfiehlt insgesamt dringend, Belastungen der Familien zu reduzieren und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Familien zu stärken .

Familie als Standortvorteil deutlicher machen

Beobachtungen zeigen, dass sich Firmen zunehmend bewusst dort ansiedeln, wo sich junge Familien niedergelassen haben. Die Unternehmen schätzen die langfristige Perspektive, die die Familien mit dem Ort verbinden und bauen zu Recht auf die damit verbundene Kontinuität und Verlässlichkeit ihrer Mitarbeiter/innen. Voraussetzung ist jedoch ein offenes, familienfreundliches Umfeld, das die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit unterstützt.

Der Landesbeirat empfiehlt den Standortvorteil "Familie" noch deutlicher und die Infrastruktur deutlich familiengerechter zu machen.

Das Beratungspapier ist am 22.3.2006 im Bayerischen Landesbeirat für Familienfragen beschlossen worden.
hn

Mitteilungen • Hinweise • Nachrichten • Mitteilungen • Hinweise • Nachrichten • Mitteilungen

Aktionsprogramm des BMFSFJ

Mehrgenerationenhäuser

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend informiert im Internet über den Start des bereits im Koalitionsvertrag vereinbarten familien- und generationenpolitischen Projektes „Mehrgenerationenhäuser“. Damit sind Einrichtungen gemeint, die als offene Tagestreffpunkte für Jung und Alt konzipiert und in denen vielfältige Aktivitäten und Serviceangebote möglich sind.

„Mehrgenerationenhäuser bieten die Möglichkeit zur vielfältigen Interaktion zwischen Menschen verschiedenen Alters und sollen helfen, die Generationenbeziehungen auch außerhalb der Familie neu zu gestalten.

Mit ihren Angeboten verstärken Mehrgenerationenhäuser die Bindungen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Sie helfen, Kinder zu fördern, Eltern in der Erziehung zu unterstützen, Familien zu beraten, familiennahe Dienstleistungen zu entwickeln und zu vermitteln, die Potenziale der älteren Generation zu nutzen und so den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu intensivieren.“

„Die Mehrgenerationenhäuser orientieren sich bei ihrer Arbeit am örtlichen Bedarf und integrieren und ergänzen bereits vorhandene Angebote. Sie setzen dabei auf strategische Partnerschaften mit anderen Einrichtungen und Institutionen und bürgerschaftliches Engagement als Ergänzungen zu staatlich (mit-)finanzierter Professionalität. Das

Engagement von Stiftungen und von Unternehmen kann dabei helfen, den Gedanken des Generationenzusammenhalts zu stärken.“

„Bis zum Jahr 2010 sollen an 439 Standorten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands Mehrgenerationenhäuser entstehen, die durch den Aufbau verlässlicher Strukturen auch nach Beendigung der Bundesförderung fortbestehen.

Derzeit wird im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Konzept ausgearbeitet und eine geeignete Arbeitsstruktur vorbereitet, um dieses Vorhaben in den nächsten Jahren erfolgreich umsetzen zu können.

Länder und Kommunen, Wirtschaft, Verbände, Kirchen und gesellschaftliche Gruppen werden durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in die Planung und Realisierung des Programms eingebunden. Erste Informationsgespräche dazu werden im 2. Quartal 2006 stattfinden und den Startschuss für eine enge Kooperation bilden.

Im 3. Quartal wird in einer bundesweiten Ausschreibung zur Teilnahme am Aktionsprogramm "Mehrgenerationenhäuser" aufgefordert. Dann wird über Antragsvoraussetzungen, Antragsfristen, Fördermöglichkeiten etc. informiert. Gleichzeitig wird eine Servicestelle eingesetzt, die potenzielle Antragsteller informiert und berät.

Im 4. Quartal beginnt die Etablierung in der Fläche mit dem Ziel, im Verlauf des im Koalitionsvertrag genannten Zeitrahmens von fünf Jahren in allen Landkreisen und kreisfreien Städten präsent zu sein. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, das für jedes Mehrgenerationenhaus 40.000 € aus Mitteln des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Damit können die vor Ort notwendigen Sachmittel finanziert werden. Eine Förderung des Erwerbs oder Umbaus einer geeigneten Immobilie ist nicht vorgesehen.

Impressum:

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (EAF Bayern),
1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzende: Elke Beck-Flachsenberg, 3. Vorsitzender: Hans Schlicht,
Geschäftsführer: Helmut Neuberger, Redaktion: Helmut Neuberger
Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299
Internet: www.eaf-bayern.de, Email: info@eaf-bayern.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.

Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg

Mitgliedsorganisationen der EAF Bayern:

Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (afa), Amt für Gemeindedienst in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Amt für Jugendarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern (AEEB), Bayerischer Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder e. V., Deutscher Evangelischer Frauenbund - Landesverband Bayern e. V. (DEF), Diakonisches Werk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern e. V., Evangelische Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter, Evangelischer Erziehungsverband in Bayern e. V. (EEV), Evangelischer Fachverband für Familienpflege, Evangelischer Fachverband für Lebensberatung, Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e. V., Evangelisch - Lutherische Gemeinde - Akademie, Evangelisches Männerwerk im Amt für Gemeindedienst in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Evangelische Schulstiftung in Bayern, Evangelische Fachhochschule Nürnberg - Fachhochschule der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, FrauenWerk Stein e.V. in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Freie Elternvereinigung in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (FEE), Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (KDA), Landesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten in Bayern (LAG)

Die Realisierung des Aktionsprogramms steht noch unter dem Vorbehalt der Ergebnisse der Verhandlungen und der parlamentarischen Beratung des Bundeshaushalts für 2006 und die folgenden Jahre. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist aber zuversichtlich, dass dieses wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht werden kann.

Kontakt:

Einrichtungen, Initiativen oder Kommunen, aber auch Privatpersonen, die sich für den Aufbau eines Mehrgenerationenhauses interessieren, können bereits jetzt ihr Interesse anmelden unter MehrGenerationenHaus@bmfsfj.bund.de. Die Interessenten erhalten dann zeitgleich mit der öffentlichen Bekanntgabe der Ausschreibung im Herbst 2006 eine Information, so dass eine Beteiligung am Ausschreibungsverfahren sicher gestellt ist.“

www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Familie

hn

Bayerische Familienverbände fordern Ausbau des Landeserziehungsgeldes und des Betreuungsangebotes

„Angesichts der dramatischen demographischen Lage rät der Landesbeirat für Familienfragen der Staatsregierung, ihre Bemühungen um die Förderung der Familien deutlich zu verstärken.

Das bedeutet gleichermaßen den Erhalt und die Weiterentwicklung der spezifischen bayerischen Leistung des Landeserziehungsgeldes (höhere Leistungen, Vergrößerung des Kreises der Empfangsberechtigten) und auch den weiteren Ausbau der außerfamiliären Betreuungsangebote. Die Verbesserung der Lage der Familien ist untrennbar mit mehr Wahlfreiheit verbunden.“

Beschlossen am 22.3.2006 im Bayerischen Landesbeirat für Familienfragen

hn